Dokument 4

Grundsätzliche Hinweise für das Verhalten und Auftreten des RK-IM im Operationsgebiet [BStU, MfS, JHS, VVS 299/88, Offiziersschüler INGO BRAUN: Probleme der zweckmäßigen Organisation der Zusammenarbeit mit IM aus dem Kreis der Reisekader im Dienstreiseverkehr ins NSW, Fragen der Auftragserteilung und Instruierung sowie Erziehung und Befähigung (Diplomarbeit, 1.4.1988)]

1. Die politischen und psycho-sozialen Rahmenbedingungen des Reisekadersystems

1. Die „Mauer“ als Existenzform

Die geschlossene Grenze war die konstitutive Grundlage der staatlichen Existenz der DDR. Das monströse Faktum der Mauer bestimmte die politische Stellung der DDR, die innere Situation des Staatswesens und die Mentalität seiner Einwohner. Ein bekanntes Diktum des Grafen Mirabeau über Preußen paraphrasierend könnte man sagen, die DDR wäre kein Staat mit einer Grenze, sondern eine Grenze mit einem Staat. Das Bewußtsein, im Käfig zu leben und ihn nach menschlichem Ermessen niemals verlassen zu können, prägte den Alltag in der DDR, die Mentalität ihrer Bürger und das Verhältnis zwischen Staatsmacht und Untertanen. Die Sperranlagen rund um die DDR absorbierten einen guten Teil der Phantasie und der Kreativität der DDR-Bürger. Die einen suchten nach Möglichkeiten, die Grenze zu überwinden, die anderen dachten darüber nach, wie man dies unterbinden könnte. Politisch gesehen war die „Staatsgrenze der DDR“ die eiserne Klammer, die das labile System mit Gewalt zusammenhielt. Die Mauer war überall. Sie war insofern kein Bauwerk, sondern ein existentieller Zustand.

Die Folge der Mauer war ein kollektives „Knast-Syndrom.“ Die Wärter litten an einer Sicherheitspsychose und die Insassen an Hospitalismus. Der Mauer – genauer gesagt den gigantischen Sperranlagen rund um Westberlin und an der Grenze zur Bundesrepublik – entsprachen unzählig viele kleine Mauern. Dies ist nicht nur sinnbildlich zu verstehen, sondern ganz wörtlich. Die DDR war das Land der Absperrungen. Man könnte geradezu von einer Absperrungsneurose sprechen. Überall gab es amtliche, halbamtliche und private Sperrzonen, Mäuerchen, Zäunchen, Absperrgitter, -schnüre und -schilder. Und obwohl die Kriminalitätsrate niedrig war, wurden die Zäune und Mäuerchen gern mit Stacheldraht, einbetonierten Glasscherben und gußeisernen Toren gesichert. Trotzdem war der durch die Mauer geprägte Zustand nicht statisch und unveränderlich. Gerade in den siebziger und achtziger Jahren vollzogen sich wichtige Veränderungen.

Für das System der Grenzsicherung gilt das gleiche Paradoxon wie für den gesamten Komplex der inneren Sicherheit. Im Laufe der siebziger und achtziger Jahre wurde das Unterdrückungssystem entgegen dem äußeren Anschein einer

Pseudo-Liberalisierung massiv ausgebaut. Mit Rücksicht auf die Reputation im Westen wurden die Methoden verfeinert und in gewisser Weise wirksamer.

Anfang 1970 wurde damit begonnen, Selbstschußgeräte vom Typ SM 70 an der Staatsgrenze zu installieren. Diese Apparate verschossen bei Berührung der Kontaktdrähte scharfkantige Projektile, die starke innere Verletzungen hervorriefen, so daß der Getroffene verblutete. Ende der siebziger Jahre wurden 35.000 dieser Todesautomaten installiert. Hinzu kamen Minenfelder und andere Tötungsanlagen.

Im Laufe der siebziger Jahre kam es außerdem zu mehreren spektakulären Zwischenfällen, wie der Erschießung von Michael Gartenschläger. Der ehemalige DDR-Häftling hatte die Absicht, eines dieser Selbstschußgeräte abzumontieren und es vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn am Fahnenmast hochzuziehen. Von Spitzeln wurde dieser Plan verraten, und in der für die Aktion vorgesehenen Nacht zum 1. Mai 1976 wurde Gartenschläger bereits von einem Exekutionskommando des MfS erwartet.

Besonders peinlich war ein Vorfall an der Grenzübergangsstelle Rudolfstein/Hirschberg am 5. August 1976. Ein italienischer Lastkraftwagenfahrer wurde dort auf dem Weg von seinem Fahrzeug zur Zollbaracke „irrtümlich“ über den Haufen geschossen. Der Tod des italienischen KP-Mitglieds fiel in die Zeit der Olympiade in Montreal, was den bösen Witz provozierte, die DDR bekäme noch eine Medaille „Schnellfeuer auf laufende Ziele“ nachgereicht.

Angesichts des KSZE-Prozesses war man daran interessiert, die Fälle brutaler Gewalt zu minimieren. Andererseits sollte die Grenze ihre abschreckende Wirkung auf potentielle Flüchtlinge behalten. So begann man, insbesondere die Vorfeldsicherung auszubauen. Durch ein tiefgestaffeltes System von Kontrollen und Sicherungen sollten Grenzverletzer bereits vor den Grenzanlagen dingfest gemacht werden. Ein ausgeklügeltes Überwachungssystem, unterstützt von Tausenden Spitzeln und freiwilligen Grenzhelfern, erlaubte es den Grenztruppen, auf den Schußwaffengebrauch zunehmend zu verzichten. Nur etwa zwanzig Prozent der Fluchtwilligen erreichten überhaupt das Sperrgebiet. Die Wanderkarten vom Harz und vom Thüringer Wald wurden künstlich verzerrt, um potentielle Grenzverletzer zu verwirren. Die Züge in Richtung Staatsgrenze wurden nach verdächtigen Personen kontrolliert, und nachts wurden die Badestrände an der Ostsee mit Flakscheinwerfern abgeleuchtet.

Es kam hinzu, daß sich die Selbstschußanlagen und Minenfelder technisch nicht bewährt hatten. Immer wieder wurden die Tötungsautomaten durch Wild ausgelöst, das elend in den Sicherungsanlagen verblutete. So konnte Erich Honecker getrost am 5. Oktober 1983 im Österreichischen Fernsehen den Abbau der Selbstschußanlagen verkünden. Bis 30. November 1984 wurden etwa 60.000 Tötungsautomaten abgebaut, und bis Ende 1985 verschwanden auch die Bodenminen.

Damit war die innerdeutsche Grenze sozusagen kosmetisch geliftet. Erich Honecker konnte in der westlichen Öffentlichkeit als Politiker der Vernunft und des guten Willens auftreten. Dem Milliardenkredit für die DDR stand nichts mehr im Weg.

2. Die „Republikflucht“

In den fünfziger Jahren sprach man von „türmen“, später sagte man „abhauen“ oder auf gut sächsisch „rübermachen.“ Im Westen sprach man etwas pathetisch von „Flucht“ und „Zonen-“ bzw. „DDR-Flüchtlingen.“ In der SED-Sprache bevorzugte man das unfreiwilligerweise doppeldeutige Kompositum „Republikflucht“, welches allerdings seit 1961 aus dem offiziellen Sprachgebrauch verschwand. Stattdessen hieß es in der Stasi-Sprache „ungesetzliches Verlassen der DDR.“¹ Im Strafgesetzbuch der DDR nannte man den Straftatbestand „ungesetzlichen Grenzübertritt“, versuchte aber den Gesetzestext so zu formulieren, daß auch Fälle erfaßt wurden, in denen von einem ungesetzlichen Grenzübertritt keine Rede sein konnte.² So waren auch der Übertritt von einem Drittland in die Bundesrepublik oder in einen anderen Staat sowie die Nichtrückkehr von einer genehmigten Reise strafbar.³

Keiner der Begriffe erfaßt das mentale Ausmaß dieser existentiellen und in aller Regel unwiderruflichen Entscheidung. Es handelte sich ja nicht um eine einfache Änderung des Wohnsitzes. Man brach alle Brücken hinter sich ab, nahm es bewußt in Kauf, Eltern, Freunde und Verwandte auf unabsehbare Zeit nicht mehr wiedersehen zu können, stürzte diese oft in berufliche Schwierigkeiten und ließ sein Eigentum zurück. Was für manche ebenfalls schwer wog, war das Zurücklassen der Heimat, der vertrauten Umwelt und auch der Hoffnung auf eine sozialistische Utopie, für die sie Benachteiligungen und sogar Gefängnisstrafen hingenommen hatten. Gerade Intellektuelle fühlten sich oft Jahre nach ihrer Übersiedlung in den Westen immer noch als DDR-Bürger im Exil.

Die Frage „gehen oder bleiben“ hat wohl niemand auf eine bessere Formel gebracht als Wolf Biermann. Kurz vor seiner Ausbürgerung wählte er in einem Gedicht die Spiegelung des Himmels im Wasser zur Metapher für die zerrissenen Biographien in dem zerrissenen Land, und endete mit den Worten: „Ich möchte am liebsten weg sein. Und bleibe am liebsten hier.“⁴

In der geheimen Jahreszusammenfassung 1988 – des letzten „normalen“ Jahres der DDR – ist u. a. aufgelistet, daß die Zahl der „Versuche des Grenzdurchbruchs in Richtung BRD, BERLIN (WEST) und Offenes Meer“ gegenüber

1 Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. v. Siegfried Suckut (= Analysen und Dokumente), Berlin 1996, S. 377 u. a.

2 Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik (StGB), hrsg. vom Ministerium für Justiz, 7. überarbeitete Aufl. Berlin 1984, § 213.

3 Ebd., Abs. 2.

4 Biermann, Wolf, Alle Lieder, Köln 1991, S. 280.

dem Vorjahr von 1.221 auf 1.688 gestiegen sei. Dies war die höchste Zahl der „versuchten Grenzdurchbrüche“ seit 1974. 94 Prozent der Fluchtversuche scheiterten laut Jahresbericht, und 115 Grenzverletzern gelang es, „das System der Grenzsichererung ... zu durchbrechen.“⁵

Bis fast zum letzten Tag des SED-Regimes wurde an der Mauer scharf geschossen. Am 5. Februar 1989 wurde der zwanzigjährige Flughafenkellner Chris Gueffroy von Grenzsoldaten bei einem Fluchtversuch gestellt und aus nächster Nähe erschossen, obwohl er auf Anruf stehengeblieben war.⁶ Sein Freund, der mit ihm versucht hatte, die DDR zu verlassen, überlebte schwerverletzt den Fluchtversuch. Doch entgegen der allgemeinen Meinung ist Chris Gueffroy nicht das letzte Opfer der innerdeutschen Grenze. Am 8. März 1989 stürzte in Berlin ein Mann mit einem selbstgebastelten Fesselballon ab und starb.⁷ Nach einer Dokumentation der „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ aus dem Jahre 1995 ertranken im Laufe des Jahres 1989 insgesamt sechs Menschen bei Fluchtversuchen in der Ostsee, der letzte am 6. Juli 1989. An der bulgarischen Grenze wurde einen Tag später ein zwanzigjähriger DDR-Bürger erschossen. An der tschechoslowakischen Westgrenze fanden noch im Jahr 1989 drei Menschen den Tod, an der ungarischen zwei, und am 30. Oktober 1989 ertrank ein Mann in der Oder bei dem Versuch, nach Polen zu gelangen, um sich dort in die bundesdeutsche Botschaft zu begeben.⁸ In der Dokumentation werden insgesamt 825 Opfer aufgelistet, eine Zahl, die wesentlich höher liegt als bisherige Schätzungen. Ein großer Teil der gescheiterten Versuche, über die Ostsee oder über Drittländer zu entkommen, war im Westen nicht registriert worden.⁹

Auch die strafrechtliche Verfolgung der Fälle von „Republikflucht“ ließ in den siebziger und achtziger Jahren keine Milderung der Rechtspraxis erkennen. Einer der mit den Rehabilitierungen beschäftigten bundesdeutschen Richter hat 289 vom Bezirksgericht Potsdam ergangene Urteile systematisch ausgewertet und festgestellt, daß in 95 Prozent der Fälle eine Freiheitsstrafe ausgesprochen wurde.¹⁰ Das Strafmaß betrug durchschnittlich 16,1 Monate. Auffallend ist vor allem die Kontinuität sowohl in der Zahl der Fälle als auch in der Art der Urteile und der Höhe des Strafmaßes. Selbst 1989 ergingen im Bezirk Potsdam noch 30 Urteile wegen versuchter Republikflucht.

5 Filmer, Werner/Schwan, Heribert, Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1991, S. 419 f.

6 Ebd., S. 58 ff.

7 Ebd., S. 149.

8 Hildebrandt, Rainer, Die Mauer. Eine Bilanz, S. 105; vgl. FAZ vom 11.8.1995 und andere Pressemeldungen.

9 Ebd., S. 2 f.

10 Grüneberg, Christian, Wie das Strafrecht die Mauer sicherte, in: FAZ vom 10.8.1995.

3. Die Bewegung der Antragsteller

Die Mauer wurde in den siebziger und achtziger Jahren technisch immer perfekter und politisch immer brüchiger. Die Praxis des totalen Reiseverbots wurde im Zeitalter der politischen Entspannung zunehmend als anachronistisch empfunden. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik und der internationalen Anerkennung stellte sich die Frage, ob es sich die DDR leisten könne, flüchtende Menschen an der Mauer wie Hasen abzuknallen. Das Streben der SED-Führung nach internationaler Reputation schien Spielräume zu eröffnen. Immer mehr DDR-Bürger unternahmen den Versuch, auf legalem Weg ihr Land zu verlassen. Seit 1973 wurden im Westen Fälle bekannt, daß Bürger in Eingaben an die Behörden ihre Ausreise forderten. Der Begriff des Ausreiseantrags machte seit den späten siebziger Jahren die Runde. Obwohl auf Nachfrage in der formal zuständigen „Abteilung Inneres“ des Rates des Kreises mitgeteilt wurde, derartige Anträge gäbe es dort nicht, wurden im Bekannten- und Kollegenkreis immer mehr Fälle von Leuten bekannt, die „über Antrag rüber sind.“

Die seltsame Ambivalenz zwischen juristischem Verbot und faktischer Gewährung spiegelt sich in der internen Sprachregelung des Machtapparates. In den Akten der Partei und der Staatssicherheit werden die Ausreiseanträge „rechtswidrige Übersiedlungersuchen“ genannt. Trotzdem wurde solchen „rechtswidrigen“ Ersuchen in zehntausenden Fällen stattgegeben.

Die Aussicht, ohne die Zwischenstation Knast in den Westen zu kommen, war zu verlockend, als daß sie nicht einen Nachahmungseffekt erzeugt hätte. Die „Antragsteller“ wurden Anfang der achtziger Jahre zur Massenbewegung.

Tabelle 1: Anträge auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR¹¹

Jahr	Antragsteller	Erstanträge	Rücknahme	Ausreisende
1977		8.400	800	3.500
1978	-	5.400	700	4.900
1979	-	7.700	4.300	5.400
1980	21.500	9.800	4.700	4.400
1981	23.000	12.300	5.000	9.200
1982	24.900	13.500	6.500	7.800
1983	30.400	14.800	5.600	6.700
1984	50.600	57.600	17.300	29.800
1985	53.000	27.300	11.300	17.400
1986	78.000	50.600	10.800	16.000
1987	105.100	43.200	12.800	7.600
1988	113.500	42.400	11.700	25.300
1989 (bis 30.6.)	125.400	23.000	1.400	34.600

¹¹ Nach FAZ vom 10.8.1995.

Die Entscheidung, die DDR zu verlassen, war politisch zutiefst ambivalent. Wegzugehen war die radikalste Form der Verweigerung. Gleichzeitig war sie eine menschliche und politische Kapitulation. Der Antragsteller war politisch neutralisiert. Der Abschied für immer signalisierte die Aufgabe jeder Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation in der DDR. Die Antragsteller hatten innerlich abgeschlossen mit der DDR. Der entscheidende Besuch bei der „Abteilung Inneres“ beim Rat des Kreises bzw. des Stadtbezirks veränderte schlagartig die gesamte Lebenssituation. Der „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR“ machte den Bürger zu einem Rechtssubjekt eigener Art. Oft mußte er den Betrieb verlassen und fand eine Beschäftigung nur noch als Hilfsarbeiter. Viele versuchten, im kirchlichen Dienst unterzukommen. Friedhofsgärtner war eines der bevorzugten Beschäftigungsverhältnisse von Antragstellern. Es begann eine Wartezeit, von der niemand sagen konnte, wie lange sie dauern würde. Die Genehmigungsdauer reichte von „sofort“ bis zu zehn Jahren und mehr. Die Umwelt reagierte mit einer Mischung aus Neid und Bewunderung, in die sich Zustimmung oder Ablehnung mischen konnte. In jedem Falle aber gehörte der Antragsteller nicht mehr zur unsichtbaren Gesellschaft der „sozialistischen Wartegemeinschaft.“ Er war aus der Reihe der Braven, Bescheidenen, Angepaßten ausgebrochen. Er trug dadurch auch ein höheres Risiko, aber seine Verhaltensweise hatte in den Augen vieler Mitbürger auch etwas Unverschämtes und Unsolidarisches. Die Mehrzahl der DDR-typischen Gesprächsthemen wie Wohnungssuche, Trabi-Anmeldung oder Ersatzteile interessierte ihn nur noch aus nostalgischen Gründen. Blasiert saß er daneben, wenn der Ostsee-Urlaub für das nächste Jahr geplant oder über Baumaterialien für die Laube gefachsimpelt wurde. Er war zum Fremdling im eigenen Lande geworden, fast schon eine Art Westbesuch. Selbst die politischen Verhältnisse gingen ihn im Grunde nichts mehr an. Er hatte kapituliert, glaubte nicht mehr an irgendeine Verbesserung, war drauf und dran davonzulaufen. Ausreiseanträge machten einsam. Es senkte sich eine gläserne Wand zwischen den Antragsteller und den Normalbürger. Antragsteller kannten nur noch ein Thema, nämlich wie sie ihre Ausreise beschleunigen könnten. Insofern lag es nahe, daß sie sich sammelten, ihre Erfahrungen austauschten, über Aktionen nachdachten.

Die gleiche Ambivalenz bestimmte auch die Reaktionen der Staatsmacht auf die Antragsteller. Auf der einen Seite versuchten die Behörden, den Druck durch vorsichtiges Nachgeben zu verringern. Auf der anderen Seite gab es immer wieder repressive Maßnahmen, um der Bewegung der „Ausreiser“ durch Repression Herr zu werden oder sie wenigstens einzudämmen, denn jeder, der ging, hinterließ eine Art Sogwirkung. In den Stasi-Akten spielt bezüglich der Ausreiseproblematik die Kategorie der „Rückverbindung“ eine große Rolle. Damit sind briefliche oder telefonische Kontakte der frisch Ausgereisten zu Verwandten, Bekannten und Kollegen in der DDR gemeint. Vollkommen zu Recht hielt das MfS diese Art der Kontaktaufnahme für weitaus gefährlicher als „normale“ Westverbindungen. Die klassischen „Westverwandten“ waren in der Regel sehr weit weggerückt. Sie lebten auf ihrem Planeten und in-

teressierten sich in der Regel herzlich wenig für die Verwandtschaft im Osten. Vor allem aber waren deren Lebensverhältnisse nicht mehr ohne weiteres mit denen im Osten vergleichbar. Wenn ein ehemaliger Freund oder Kollege aber plötzlich aus dem Westen anrief, so riß dies ein imaginäres Loch in die Mauer. Es blieb die Frage zurück: Warum der und nicht ich? Die knallbunte Postkarte aus einem exotischen Urlaubsort war für viele Menschen der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Die Aussicht, den Staatsknast DDR irgendwann für immer verlassen zu können, ließ die Menschen selbstbewußter werden. Deswegen mußte man die Antragsteller drangsalieren und vor allem die Entscheidungsprozesse der Behörden unberechenbar gestalten. Die oft beklagte Willkür der Behörden hatte System. Die Ausreiser wurden zu den Parias der Gesellschaft. Es gab Verhaftungen und Urteile wegen Kontaktes zu „gegen die DDR gerichteten Einrichtungen.“ Ein Ausreiseantrag zog fast automatisch den Verlust jeder gehobenen beruflichen Position nach sich. Ein Antragsteller konnte bis etwa 1988 in der Regel nur noch als Hilfsarbeiter tätig sein. Der Weg bis zur endgültigen Ausreise war mit kleinlichen Schikanen gepflastert. Man ließ die Antragsteller teilweise Jahre warten, um ihnen dann überraschend mitzuteilen, daß sie innerhalb weniger Tage die DDR zu verlassen hätten.

Andererseits war für die Staatsmacht die Abschiebung in den Westen die bequemste Form der politischen Neutralisierung. Bekannten Dissidenten wie Wolf Biermann machte man unverhohlene Avancen, die DDR zu verlassen, oder man erteilte ihnen bereits nach wenigen Tagen die Ausreisegenehmigung, um die Normalbürger jahrelang kämpfen mußten. Die Abwanderung potentieller Unruhestifter war für die Staatsmacht das gegebene Ventil, den Druck im Kessel politischer Unzufriedenheit abzuschwächen.

Doch diese Praxis der selektiven Willkür provozierte Strategien des zivilen Ungehorsams, wie sie die DDR bisher kaum gekannt hatte. Die Antragsteller begannen sich zu sammeln und zu organisieren. Sie nutzten Gottesdienste und Veranstaltungen der sich formierenden Opposition, um auf sich aufmerksam zu machen. Sie drangen in Botschaften ein. Die braven und geduckten Untertanen wurden schöpferisch und mutig, wenn die Freiheit der BRD lockte. Sie schmückten ihre Autos mit weißem Spitzenbändchen, wie es bislang bei Hochzeiten üblich gewesen war, oder sie hefteten an die Heckscheibe ein großes A, was üblicherweise für „Anfänger“ stand, aber auch als „Ausreiseantragsteller“ gelesen werden konnte. Allein schon die Formen des Protestes zeugten davon, daß die Bewegung der Antragsteller neue soziale Kreise erreicht hatte. Die langhaarigen Schmuddelkinder aus den Kellern der Gemeindehäuser fuhren keine Autos, die sie hätten mit weißen Bändern verzieren können. Die Antragsteller waren oft Handwerker, Ärzte, Ingenieure und Wissenschaftler. Manche von ihnen entdeckten plötzlich die Kirche wieder, die sie aus Gründen der Opportunität schon als Oberschüler verlassen hatten. Nun fuhren sie mit den Autos der gehobenen DDR-Mittelklasse vor der Kirche vor, um sich unter das Publikum zu mischen und durch lautstarken Protest aufzufallen. Sie woll-

ten gesehen und notiert werden, um als „staatsgefährdend“ schnell in den Westen abgeschoben zu werden. Während der verwirrenden Ereignisse im Januar 1988 nutzte der Staat diese innere Spaltung der Opposition geschickt aus.

Seit 1988 begannen die DDR-Behörden, bei der Genehmigung von Reisen in dringenden Familienangelegenheiten großzügiger zu werden. Reisen zu Familienfesten selbst von Verwandten zweiten Grades wurden plötzlich genehmigt. Auch Touristen-Reisen in „westliche“ Länder wie Finnland wurden überraschenderweise angeboten. Allerdings durften Ehe- und andere Paare grundsätzlich nur getrennt reisen. Auch der Kreis der Reisekader wurde erweitert. Doch psychologisch erzielte die Mini-Liberalisierung das Gegenteil der erhofften Wirkung. Den Menschen wurde durch gelegentlichen Freigang die Absurdität ihrer Situation erst vollständig bewußt. Viele „ideologisch ungefestigte“ DDR-Bürger wurden erstmals mit dem Alltag im Westen konfrontiert und fanden den „verfaulenden Kapitalismus“ gar nicht so übel.

Die Schaukelpolitik der Behörden, Anträge zu genehmigen und zu verweigern, wie es ihnen politisch opportun erschien, verringerte kurzfristig möglicherweise den atmosphärischen Druck innerhalb der DDR. Doch langfristig wurde der Wunsch nach Reisefreiheit immer stärker. So verlor die innerdeutsche Grenze in den siebziger und achtziger Jahren trotz der zunehmend nachgiebiger werdenden Genehmigungspraxis nichts von ihrer Brutalität und Menschenfeindlichkeit.

Seit Mitte der achtziger Jahre versuchten die Antragsteller, sich in Gruppen zu organisieren. Sie nutzten dabei ganz ähnlich wie die Umwelt- und Friedensgruppen dieser Jahre den Schutzraum der Kirche. Allerdings gab es eine fundamentale Differenz zwischen den Antragstellern und den Aktivisten der anderen Gruppen. Den Antragstellern ging es um ein persönliches, insofern auch egoistisches Ziel, den Mitgliedern der Kirchengruppen ging es eine Veränderung der Gesellschaft.

Das Verhältnis zwischen den Gruppen und der Kirche und den Antragstellern war deswegen außerordentlich kompliziert und widersprüchlich. Gruppen von Antragstellern begannen massiv, das labile Gleichgewicht in dem Dreiecksverhältnis zu stören. Sie besuchten sowohl normale Gottesdienste als auch Veranstaltungen der Opposition. Dort waren sie ein stärkendes und belebendes Element. Sie zielten auf Provokation, gingen persönliche Risiken ein, hatten innerlich mit dem Staat gebrochen und glaubten an keine Reformfähigkeit mehr. Auf der anderen Seite verfolgten sie vollkommen egoistische Ziele, waren dadurch unzuverlässig und auf die Dauer keine Partner. Ihr Verhalten wurde von den Mitgliedern der Kirchengruppen als Mißbrauch ihres Strebens nach friedlicher und evolutionärer Veränderung empfunden. Auch habituell unterschieden sie sich von den Friedensstreitern der Kirchengruppen. Die Antragsteller fuhren mit dem PKW – oft der besseren Sorte – zum Oppositionstreffen. Die Damen erschienen fein gemacht und die Herren im Anzug. Den obligaten religiösen Teil der Veranstaltung ließen sie teils amüsiert, teils angewidert über sich ergehen. Beim Beten und Singen grinsten sie verlegen, und man spürte,

daß sie auf Gelegenheiten warteten, durch starke Sprüche aufzufallen. Die Kirchengruppen fühlten sich mißbraucht und öffentlich diskreditiert. Andererseits konnten und wollten sie das Recht auf freie Ausreise niemandem verweigern, und es gab auch praktisch keine Handhabe, irgendjemanden vor die Tür zu setzen, nur weil er einen Ausreiseantrag gestellt hatte.

Trotz dieser politischen Zwiespältigkeit war es im Spätsommer 1989 vor allem die Ausreisebewegung, die den Stein ins Rollen brachte. Die Massenflucht über Ungarn, die Bilder aus der Botschaft in Prag, die Züge mit Flüchtlingen, die quer durch die DDR fuhren – all dies machte die tiefe gesellschaftliche Krise der DDR offenbar. Gerade jene, die gingen, weil sie keine Hoffnung mehr auf eine Wendung zum Besseren hatten, haben die Wendung herbeigeführt. Sie setzten einen Prozeß der Diffusion in Gang, der jene, die bleiben wollten, zur Stellungnahme veranlaßte. Als dem allwöchentlichen Sprechchor auf dem Kirchhof der Leipziger Nikolaikirche „Wir wollen raus!“ ein anderer Sprechchor antwortete „Wir bleiben hier!“, war das die offene Kampfansage an das SED-System.

Die Berliner Mauer war in der ganzen Welt ein Symbol kommunistischer Unterdrückung. Selbst erklärte Freunde der DDR betrachteten sie als Schönheitsfehler und waren bei Einreisen in die DDR oder im Transitverkehr froh, die Kontrollanlagen und Grenzsperrern hinter sich gelassen zu haben. Oft hörte man die Meinung, daß die wirtschaftlich und sozialpolitisch so erfolgreiche DDR dies alles doch nicht nötig hätte, oder man bezeichnete die Mauer als Relikt des Kaltes Krieges, das nun allmählich verschwinden sollte. Im Schutze von Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen schien eine Idylle zu existieren, die viele heimliche und offene Sehnsüchte hervorrief. Bei aller Häßlichkeit der Sperranlagen trafen die westlichen Besucher doch auf eine Welt voller menschlicher Werte, die sie in ihrem eigenen Land vermißten. Dennoch lag diese Betrachtungsweise vollkommen neben der Realität. Die Selbstschußanlagen, Minenfelder und Hundelaufgatter waren kein Schönheitsfehler des real existierenden Sozialismus, sondern konstitutive Grundlage des SED-Systems. Ohne die Mauer hätte die DDR nicht existieren können. Wer die DDR wollte, mußte die Mauer wollen, und wer die Mauer wollte, mußte den Schießbefehl wollen, denn ohne die Todesdrohung hätte die Staatsgrenze nicht die abschreckende Wirkung erzielt. Die Tatsache, daß die DDR-Führung in den achtziger Jahren durch ein tiefgestaffeltes System von Vorkontrollen Zwischenfälle an der Grenze minimieren wollte, ändert nichts an dem Grundprinzip der Notwendigkeit der Mauer.

Oft hat man gemeint, die SED-Führung hätte unter einer Sicherheitspsychose gelitten. Auch dies ist grundfalsch. Die martialischen und technisch wie organisatorisch immer weiter perfektionierten Sperranlagen waren keineswegs neurotisch oder irrational, sondern hocheffektiv und vollkommen rational. Vor allem aber waren sie Teil eines Systems der „inneren Absperrung“, das von dem Giftschranksystem der öffentlichen Bibliotheken über die Post- und Telefonkontrolle bis zur strengen Berichtspflicht über Westkontakte und deren häufi-

gen Verboten reichte. Die Tatsache des Eingesperrtseins bestimmte in elementarer und komplexer Weise die Lebenssituation jedes einzelnen DDR-Bürgers. Das totale Reise- und Ausreiseverbot war konstitutiver Teil eines umfassenden Überwachungs- und Repressionssystems. Nur durch die totale Absperrung war die umfassende ideologische Indoktrination, Überwachung und Disziplinierung erst möglich. In der DDR herrschte die mentale Situation des Gefängnisses. Die Tatsache, daß nach dem Fall der Mauer ein nicht unbedeutlicher Teil der Bevölkerung sich in die Geborgenheit der Zelle zurücksehnt, widerspricht dieser These nicht. Es gehört zu den simplen Alltagserfahrungen von Sozialarbeitern, Bewährungshelfern und Juristen, daß langjährige Insassen von Gefängnissen sich vor der Entlassung fürchten, in der Freiheit in ein mentales Loch stürzen und gelegentlich sogar Straftaten begehen, um in die vertraute Umgebung zurückzukommen.

4. Reisen als Privileg

Das SED-System ruhte auf drei Säulen: erstens auf der legitimationsstiftenden Ideologie, zweitens auf der Androhung und Ausübung von Gewalt und drittens auf der Korrumpierung der Untertanen durch ein sorgfältig nuanciertes System von selektiven Bevorzugungen und Privilegierungen. Diese drei Grundelemente totalitärer Herrschaft bildeten eine dialektische Einheit, das eine konnte ohne die beiden anderen nicht existieren. Das grundsätzlich und für alle geltende Reiseverbot, das durch einzelne Gnadenakte gelockert werden konnte, war insofern ein wichtiges Mittel der Herrschaftsausübung. Das Reiseverbot hatte nicht allein den praktisch nachvollziehbaren Grund der Verhinderung einer Abwanderung von Arbeitskräften, sondern verbreitete vor allem das Gefühl, ein Leben lang dem System wehrlos ausgeliefert zu sein. Umgekehrt war die Lockerung der Einschränkung ein Mittel, unliebsame Kritiker loszuwerden und treue Anhänger des Systems zu belohnen. Eine wichtige Privilegierung in jedem geschlossenen System – sei es eine Kaserne, ein geschlossene Anstalt oder ein ganzer Staat – ist der Freigang.

Vom 13. August 1961 bis zum 9. November 1989 herrschte für die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung ein totales Reiseverbot in Richtung Westen, präziser ausgedrückt in das NSW – das „nichtsozialistische Währungsgebiet“ bzw. „Weltsystem“ oder auch „Wirtschaftsgebiet“ –, die Auflösung der nur inoffiziell gebrauchten Abkürzung war schwankend. Das NSW umfaßte neben der BRD und Berlin/West sämtliche Staaten außerhalb des RGW, also auch neutrale Länder und sogar das sozialistische Jugoslawien. Ein Reiseverbot von ähnlicher Dauer und Rigidität hat es zumindest in der neueren europäischen Geschichte niemals gegeben. Selbst in den anderen sozialistischen Staaten und der Sowjetunion galten teilweise großzügigere Reisegesetze und Ausreisemöglichkeiten.

Der Mangel an Freiheit macht die Freizügigkeit zur Ausnahme und damit zum unschätzbaren Privileg. Im System des allgemeinen Reiseverbots gewann die

Ausreise auf Dauer wie die Westreise auf Zeit einen nur noch schwer nachvollziehbaren mentalen und politischen Stellenwert. Dies betrifft unter psychologischem Aspekt sowohl die Privatreisen aufgrund besonderer Familienangelegenheiten, die wenigen und unter teilweise dubiosen Umständen vergebenen Touristenreisen ins westliche Ausland wie auch die dienstlichen Reisen in die Bundesrepublik, nach Westberlin oder ins „nichtsozialistische Ausland“ im Sinne der obigen Definition.

Ein gesonderter Gegenstand der Untersuchung wären dienstliche und private Reisen in die „sozialistischen Bruderstaaten.“ Hier mag der Hinweis genügen, daß auch solche Reisen keineswegs zu den Selbstverständlichkeiten gehörten, sondern mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden waren. Die organisierten Touristenreisen waren teuer und auf normalem Wege schwer zu bekommen. Ein wirklich freier Reiseverkehr herrschte eigentlich nur seit dem 1. Januar 1972 in die Tschechoslowakei und in die Volksrepublik Polen. Der Reiseverkehr nach Polen wurde mit Wirkung vom 30. Oktober 1980 wegen der inneren Krise Polens und der befürchteten Ansteckungsgefahr erheblich eingeschränkt und in bisherigem Umfang nicht wieder aufgenommen. Bei Reisen nach Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie in die Sowjetunion mußte der Reisende, der über keinen Ferienplatz des Reisebüros verfügte, ein kompliziertes und langwieriges Antragsverfahren durchlaufen. Immerhin war die Welt in Richtung Osten nicht gänzlich verschlossen.

5. „Touristenreisen“ ins westliche Ausland und in die Bundesrepublik Deutschland

In Diskussionen wurde von den Vertretern der DDR oft und gern behauptet, im Prinzip gäbe es auch Touristenreisen ins kapitalistische Ausland; daß diese einen relativ geringen Umfang hätten, läge vor allem an wirtschaftlichen Problemen, d. h. am Devisenmangel der DDR. Formal gab es tatsächlich seit den späten siebziger Jahren auch Touristenreisen in nichtsozialistische Länder, faktisch ähnelte die Vergabe dieser Urlaubsplätze jedoch dienstlichen Reisen. Dies ergab sich bereits aus dem ausdrücklich definierten politischen Grundanliegen dieser Reisen.

„Bei der Entsendung von Touristen nach nichtsozialistischen Staaten ist eine politische und soziale Repräsentation der Bevölkerung der DDR zu gewährleisten.“¹² heißt es in dem entsprechenden Beschluß des Ministerrats. Damit ist gemeint, jeder Tourist sei eine Art Botschafter der sozialen und politischen Erregenschaften des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Dies stellte hohe Anforderungen an die „kadermäßigen Voraussetzungen“ der zu entsendenden DDR-Touristen. Die Verteilung der Reisen erfolgte grundsätzlich nicht über den freien Verkauf in den Reisebüros – obwohl dies gelegentlich behauptet

12 BStU, VVS B 2 – 214/85, Beschluß des Ministerrats der DDR vom 20.3.1985 über „Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr zwischen der DDR und nichtsozialistischen Staaten sowie Westberlin“, Bl. 16 [nachfolgend zitiert als Grundsätze].

wurde –, sondern über die Dienststelle bzw. die Parteien und Massenorganisationen. Antragsberechtigt war der gleiche Kreis von Leitern wie bei Dienstreisen. Dazu heißt es: „Die antragsberechtigten Leiter sichern für ihre Verantwortungsbereiche die Auswahl der geeigneten Werk tätigen. Sie sind verpflichtet, mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die [...] genannten antragsberechtigten Leiter haben zu sichern, daß Reisen nur an solche Bürger vergeben werden, die die Gewähr dafür bieten, daß sie die DDR im Ausland würdig vertreten.“¹³

Die sogenannten Touristenreisen unterlagen ähnlichen Restriktionen und Kontrollen wie Dienstreisen. Grundsätzlich sollten keine Reisen an Personen unter 26 Jahren vergeben werden. Für den Jugendtourismus galten gesonderte Bestimmungen. Weiter ausgeschlossen waren „alleinstehende Bürger, die keine familiären Bindungen in der DDR haben“, sowie „kinderlose Ehepaare.“¹⁴ Ansonsten galt ähnlich wie bei dienstlichen Reisen der Grundsatz, daß in der Regel der Antragsteller keine „nahen Verwandten im nichtsozialistischen Ausland“ haben sollte. Allerdings ließen die Bestimmungen auch Ausnahmeregelungen zu, allein schon um operative Aufträge des MfS nicht durch bürokratische Hürden zu gefährden.

Die antragsberechtigten Leiter hafteten auch bei sogenannten Touristenreisen für die Einhaltung der „festgelegten Auswahlprinzipien.“¹⁵ Dies hieß praktisch, daß der Vorgesetzte im Falle einer Republikflucht oder anderer Vorkommnisse verantwortlich gemacht werden konnte.

6. Jugendtouristik

Viele Jugendliche in der DDR erhielten über die Jugendtouristik die Möglichkeit, wenigstens in die sozialistischen Länder fahren zu können. Die Reisen waren billig, aber schwer zu bekommen. Die Vergabemodalitäten und Auswahlkriterien waren stets etwas unklar. Praktisch lagen sie bei den Kreisleitungen der FDJ und den dort zuständigen Mitarbeitern.

Die Jugendtouristik der FDJ definierte in einem internen Papier ihre Aufgaben folgendermaßen: „Der Jugendtourismus mit den sozialistischen Ländern ist ein bedeutender Beitrag zur kommunistischen Erziehung der Jugend, fester Bestandteil der politischen Massenarbeit und der internationalen Tätigkeit der FDJ. Freundschaftsfestivals, Freundschaftszüge für vorbildliche junge Werk tätige, Bewerber für militärische Berufe, Oberschüler, Studenten und Lehrlinge, Angehörige der bewaffneten Organe, Aktivisten der FDJ, junge Abgeordnete [...] fördern besonders nachhaltig die Freundschaft und den Erfahrungs-

13 Grundsätze, Bl. 16.

14 Grundsätze, Bl. 16 f.

15 Grundsätze, Bl. 17.

austausch zwischen der Jugend der DDR, der UdSSR und der anderen sozialistischen Bruderländer.“¹⁶

Im Mittelpunkt solcher Reisen sollten Besuche in den „Heldenstädten der Sowjetunion“ und den „Zentren des kommunistischen Aufbaus“ stehen. Treffen mit Komsomolzen, Arbeitseinsätze und Besichtigungen von Fabriken gehörten zum obligatorischen Programm ebenso wie politische Diskussionen. Trotzdem waren die Reisen außerordentlich begehrt, und das Angebot konnte die Nachfrage keineswegs befriedigen. So wurden 1984 umfangreiche Steigerungen des Jugendtourismus beschlossen. Die Zahl der Reisen ins sozialistische Ausland sollte von 219.500 (1984) auf 490.000 (1990) gesteigert werden. Auf dem Programm standen neben der Sowjetunion (Steigerung von 95.000 auf 200.000) vor allem Polen (Steigerung von 40.000 auf 100.000) und die Tschechoslowakei (Steigerung von 30.000 auf 70.000), daneben auch Ungarn (Steigerung von 12.200 auf 35.000) und Bulgarien (Steigerung von 35.360 auf 70.000). Schwierigkeiten gab es mit Rumänien, das kein Interesse mehr zeigte, Jugendliche aus der DDR zu beherbergen. Marginale Bedeutung hatten Jugoslawien, Kuba, die Mongolei, Nordkorea und Vietnam, zumal für einen Teil dieser Länder ähnlich restriktive Bedingungen galten wie für Westreisen.

Deutlich wird in dem zitierten Papier auch das jugendpolitische Ziel, privaten und individuell gestalteten Reisen ins sozialistische Ausland eine attraktive Alternative entgegenzusetzen. Das mangelnde Angebot an Gruppenreisen, heißt es dort, würde dazu führen, daß es immer noch „unorganisierte, individuelle Reisen mit teilweise negativen Begleiterscheinungen (u. a. unkontrollierte Kontakte mit Touristen aus kapitalistischen Ländern, Verstöße gegen Zoll- und Devisenbestimmungen“ gäbe.¹⁷

Seit 1976 wurden in beschränktem Umfang über die „Jugendtouristik“ auch Reisen in die Bundesrepublik sowie ins westliche Ausland vergeben. Die Verfahrensweise bei der Auswahl und Bestätigung der Kader ist in dem oben zitierten Ministerratsbeschluß über „Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr“ genau festgelegt: „Bei Touristenreisen über das Reisebüro der FDJ 'Jugendtourist' erfolgen die Auswahl und Bestätigung der Teilnehmer durch die Sekretariate der Kreis- und Bezirksleitungen der FDJ bzw. durch das Sekretariat des Zentralrates der FDJ unter Einbeziehung der Leitungen der zuständigen FDJ-Grundorganisationen in Realisierung der zutreffenden Grundsätze und Regelungen dieses Beschlusses und der entsprechenden Regelungen des Zentralrates der FDJ. Die Visafragebögen, von Beauftragten des Sekretariats des Zentralrates der FDJ bestätigt, sind dem Ministerium des Innern zur Visaerteilung zu übergeben.“¹⁸

Unter dem Begriff „Ministerium des Innern“ verbarg sich wie oft im DDR-Alltag das Ministerium für Staatssicherheit. Die Einzelheiten des Überprüf-

16 SAPMO-BArch, ZPA, DY IV 2/2.039/243, Büro Krenz, Vorgehen bei der Ausarbeitung der Vorlage über die Entwicklung des Tourismus mit den sozialistischen Ländern, o.D. [1984], Bl. 2.

17 Ebd., Bl. 2.

18 Grundsätze, Bl. 18.

fungsverfahrens durch das MfS waren in einem Schreiben des Ministers vom 5. Juni 1978 über die „Sicherung von Touristenreisen der FDJ in das nichtsozialistische Ausland über das Jugendreisebüro der DDR 'Jugendtourist'“ festgelegt.¹⁹ Danach hatten die Überprüfungen entsprechend den „Regelungen in den Dienstanweisungen Nr. 4/75“ zu erfolgen. Die Bestätigung oder Ablehnung war den antragstellenden Sekretariaten der Bezirksleitungen der FDJ durch die zuständige Abteilung VI der Bezirksverwaltung des MfS mündlich mitzuteilen. Diese hatten im Falle der Ablehnung dem Bewerber die Entscheidung mündlich mitzuteilen und eine Ersatzreise in sozialistisches Ausland anzubieten.

Als Vertragspartner traten meist Organisationen in Erscheinung, die den kommunistischen Parteien der entsprechenden Länder nahestanden. Mit diesen wurden „devisenfreie“ Geschäfte auf Tauschbasis abgeschlossen. So kamen einige ausgewählte FDJ-Funktionäre in den Genuß von Westreisen. Gleichzeitig erhielten kommunistische Jugendfunktionäre aus dem westlichen Ausland die Möglichkeit eines billigen Urlaubs in der DDR. Teilweise hat es sich dabei offenbar um ausgesprochene „Berufsjugendliche“ gehandelt. In einem internen Schreiben des FDJ-Vorsitzenden Eberhard Aurich an Egon Krenz wird beispielsweise kritisch angemerkt, daß viele Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes aus Griechenland schon weit über dreißig Jahre alt seien.²⁰

Insgesamt hatte diese Form des Jugendaustauschs einen mehr als bescheidenen Umfang. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bedeutete das beispielsweise für Griechenland, daß im Jahre 1979 insgesamt 54 FDJler aus der DDR ans Mittelmeer fahren konnten, im nachfolgenden Jahr waren es 71, und der Spitzenwert lag 1981 bei 78 Reisenden. Nach Italien reisten im Jahre 1976 nur 41 Jugendliche, im Jahr 1983 stieg diese Zahl auf 75 Personen.

Der Jugendaustausch mit der Bundesrepublik war natürlich für die DDR ein Politikum höchster Brisanz. Auf der einen Seite wollte man seit etwa 1983/84 Toleranz und Großzügigkeit demonstrieren. Auf der anderen Seite fürchtete man die Kontakte zwischen den Menschen selbst dann noch, wenn es sich um einen politisch mehrfach gesiebten Personenkreis handelte. Jeden Anlaß nahm die DDR-Führung wahr, um der westlichen Seite die Schuld für den geringen Umfang des Jugendaustauschs anlasten zu können. So gab es auf der DDR-Seite große Erregung, daß 1984 der Jugendaustausch mit der DDR im jährlichen Verfassungsschutzbericht erwähnt wurde. Auch Befragungen der DDR-Reisenden durch Beamte des Bundesgrenzschutzes wurden zur „politischen Provokation“ aufgeblasen. So hieß es in einer ADN-Meldung vom 15. Oktober 1984, die am nächsten Tag wortgleich in der gesamten DDR-Presse nachgedruckt wurde: „Schikanöse Behandlung einer FDJ-Delegation an der BRD-

19 BStU, Tagebuchnr. BdL 871/78, Schreiben des Ministers für Staatssicherheit der DDR vom 5.6.1978.

20 SAPMO-BArch, ZPA, DY IV 2/2.039/243, Büro Krenz, Informationen zur Entwicklung des Jugendtourismus mit Griechenland nebst Anschreiben von Eberhard Aurich an Egon Krenz vom 4.7.1984.

Grenze. Von Grenzbeamten der BRD wurden [...] am 8. Oktober Mitglieder einer FDJ-Delegation, die auf Einladung der Naturfreundejugend die BRD besuchte, einer schikanösen Befragung unterzogen. Der Delegation wurde angedroht, die Weiterfahrt würde unterbunden und die Reisepässe würden eingezogen, falls sie sich weigerten, auf die gestellten Fragen zu antworten, die eindeutig mit den geheimdienstlichen Praktiken an der BRD-Grenze zusammenhängen.“ Aus den internen Berichten der FDJ an Egon Krenz ergibt sich folgendes Bild des Vorfalls. Die fünf Mitglieder einer Reisegruppe wurden von der Bayerischen Grenzpolizei aufgefordert, ihre Wohnadresse zu nennen, die im Reisepaß nicht vermerkt war. Als die FDJler dies aber, trotz der Versicherung, daß es sich um eine reine Formalität handele, verweigerten, kam es zu einem Wortwechsel, der damit endete, daß die Gruppe unbeschadet weiterreisen durfte. Dies sollte nun zum Anlaß genommen werden, alle weiteren Reisen – außer in das Saarland – vorläufig zu stornieren.

Der Jugendaustausch mit der Bundesrepublik, das Verhalten der westlichen Partneereinrichtungen, insbesondere aber die politische Instrumentalisierung und geheimdienstliche Durchdringung dieser Reisen wären ein eigenes Untersuchungsthema. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Jugendreisen in die BRD einen außerordentlichen bescheidenen Umfang hatten. Im Jahr 1985 beispielsweise reisten lediglich 177 FDJler für jeweils acht Tage in die Bundesrepublik. Von Januar bis September 1989 nahm dieser Reiseverkehr in die BRD aus der DDR immerhin einen Umfang von 4.405 Personen an.²¹ Daß dies mehr Propaganda- als Erholungsreisen waren, versteht sich von selbst. Auch die Tatsache, daß für solche Reisen nur politisch zuverlässige Kader in Frage kamen, war selbstverständlich.

Im Zusammenhang mit der im Sommer 1989 einsetzenden Fluchtbewegung über Ungarn gab es offenbar Versuche der Parteiführung, den Jugendtourismus vorläufig gänzlich auszusetzen. In einem ausführlichen Schreiben vom 17. September 1989 versuchte der 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, die angedrohten Maßnahmen zu verhindern. Er ging in diesem Zusammenhang noch einmal auf einige grundsätzliche Probleme ein. Möglicherweise sollten die Informationen Krenz gegenüber Honecker und Mielke den Rücken stärken und deren Ablösung befördern. „[...] die [Informationen] zeigen, daß die große Mehrheit derer, die ins Ausland fährt, treu zu uns steht. Bedenkt man, daß beim NSW-Tourismus strenge Auswahlprinzipien gelten und daß eine große Zahl SED-Mitglieder unter den Wegbleibenden ist, weist auch dies auf Probleme hin, auf die wir mit unserer Analyse der politischen Situation hingewiesen haben und die nur indirekt etwas mit dem Tourismus zu tun haben.

Grundsätzlich vertritt das Sekretariat des Zentralrats der FDJ den Standpunkt, daß wir unter den heutigen Bedingungen die Anzahl der NSW-Reisen von 'Jugendtourist' eher wesentlich erweitern als einschränken müssen, zumal mittlerweile Millionen Ältere zu Privatreisen zu Verwandten in die BRD fahren.

21 SAPMO-BArch, ZPA, DY IV 2/2.039/243, Büro Krenz, Schreiben von Eberhard Aurich an Egon Krenz vom 17.9.1989, Anlage.

Wir haben bereits einmal geprüft, daß 100.000 Reisen im Jahr uns ca. 30 bis 35 Millionen Valutamark kosten würden. Selbst wenn dies ökonomisch nicht möglich sein wird, gehen wir bislang von einer schrittweisen Erweiterung aus. Zur Zeit nehmen wir aus dem NSW-Tourismus ca. 7 Millionen Valutamark ein und geben ca. 1,2 Millionen Valutamark aus. Ich schlage deshalb folgendes vor:

1. Der Zentralrat der FDJ und die zuständigen staatlichen Organe werden beauftragt, die ökonomischen und politischen Voraussetzungen zu prüfen, wie der Jugendtourismus in das kapitalistische Ausland erweitert werden kann. [...] Es bleibt dabei, daß solche Reisen ausschließlich auf Beschluß der FDJ-Leitungen vergeben werden (hohe Preise, aber kein öffentlicher Verkauf).
2. Sollte eine Einschränkung des Reiseverkehrs in Betracht gezogen werden, sehe ich vor allem folgende Probleme:
3. [...]
4. Eine Einschränkung oder Abschaffung des Jugendtourismus ohne gleichzeitige Einschränkung des privaten Reisens halte ich für unmöglich, weil dies die Jugend diskriminiert und sie noch mehr aufbringt, was der Gegner massiv nutzen wird. Außerdem führt dies zu starkem Vertrauensverlust Jugendlicher zu ihrem Jugendverband.
5. [...]
6. Da mittlerweile auch die Reisen nach Ungarn zur Flucht genutzt werden, muß entschieden werden, ob gegenüber Ungarn nicht neue Visabestimmungen geschaffen werden müssen (analog SFRJ). Unsere bisherigen öffentlichen Erklärungen zu diesem Thema werden jedoch dann als Argumente gegen uns verwandt. Zugleich bedeutet dies auch Einschränkungen des Reisens nach Bulgarien und Rumänien (Transit), da alle Bahnreisen durch Ungarn führen.
7. Jede Einschränkung des Jugendtourismus führt außerdem international zu riesigen Autoritätsverlusten der FDJ, was ihren Einfluß in der internationalen Jugendbewegung mindert. [...]“²²

7. Der „Kader“ im Herrschaftssystem der SED

Der Begriff „Reisekader“ gehört zu jenen Begriffen, die es in der offiziellen DDR-Sprache an sich nicht gab. Er findet sich zumindest nicht in den einschlägigen Nachschlagewerken. Weder in den verschiedenen Ausgaben von Meyers Lexikon, das vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig herausgegeben wurde, noch in den vom SED-Parteiverlag Dietz publizierten Nachschlagewerken findet sich dieses Stichwort. Selbst im DDR-Duden war das

²² SAPMO-BArch, ZPA, DY IV 2/2.039/243, Büro Krenz, Schreiben von Eberhard Aurich an Egon Krenz vom 17.9.1989, Bl. 1 ff.

Wort „Reisekader“ nicht verzeichnet. In den offiziellen Nachschlagewerken finden sich jedoch die Begriffe „Kader“, „Kaderarbeit“ und „Kaderpolitik.“ „Kader zeichnen sich vor allem aus durch: unbedingte Treue zur Arbeiterklasse, ihrer Partei und zum Marxismus-Leninismus sowie ihren konsequenten Kampf um die Erfüllung der Beschlüsse; Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus, Liebe zur sozialistischen Heimat, unerschütterliche Freundschaft mit der KPdSU und den Völkern der Sowjetunion und Treue zum proletarischen Internationalismus; fundiertes, anwendungsbereites Wissen, kompromißlosen Kampf gegen alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie; Parteilichkeit, Sachkenntnis, Disziplin und Schöpferium, Bescheidenheit und Vorbildwirkung in der Arbeit und im persönlichen Leben, Entfaltung von Kritik und Selbstkritik...“, hieß es in der 1988 erschienenen siebenten vollständig überarbeiteten Auflage des Kleinen Politischen Wörterbuchs. Nach Stalin entschieden Kader alles. Das hieß, die richtige Kaderpolitik war die Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. In diesem Sinne waren für Entscheidungen in der Kaderarbeit und der Kaderpolitik prinzipiell die zuständigen Parteigremien der SED verantwortlich. Nur ein verschwindend geringer Teil der Kader war nicht Mitglied der herrschenden Partei. Die Nicht-SED-Mitglieder wurden allerdings ebenfalls nach Parteisichtspunkten ausgewählt.

8. Dienstreisen ins sozialistische Ausland (SWS)

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, nur die Dienstreisen ins westliche Ausland hätten einer strengen Restriktion, Observation und Instrumentalisierung unterlegen. Für Reisen in die sozialistischen Länder galten strukturell die gleichen Normen und Mechanismen. Unterschiedlich war lediglich das Ausmaß und der Wirkungsgrad dieser komplexen Repressionstechniken. Auch dienstliche Reisen in sozialistische Länder – dies waren per definitionem die Mitgliedstaaten des RGW – waren grundsätzlich kein Recht, sondern eine Gnade der Obrigkeit, die gewährt und wieder entzogen werden konnte, ohne daß der Betroffene ein Recht hatte, über die Gründe auch nur informiert zu werden. Dienstreisen galten als Mittel der Belohnung für ideologisches und politisches Wohlverhalten; umgekehrt war die Streichung solcher Reisen ein probates Mittel der Bestrafung. Natürlich spielten auch fachliche und praktische Kriterien eine Rolle – dennoch war jede Entscheidung über eine Dienstreise im Selbstverständnis der Amtsinhaber und in der Reflexion der Umwelt auch eine „politische Entscheidung.“ Die Entscheidungsgewalt lag wesentlich bei den Gremien der SED. „Moralische Kriterien“ spielten ebenfalls eine Rolle. Dies bot bei der zwangsläufigen Verschwommenheit des Moralbegriffs eine geeignetes Mittel politischer Disziplinierung. Auch die Gefahr ideologischer Ansteckung wurde in den Überlegungen von Partei und MfS berücksichtigt. Die Krisenherde in der Welt des Realsozialismus waren in den Augen der SED immer auch ideologische Seuchenherde, von denen die Bürger der DDR nach Möglichkeit fernzuhalten waren.

In einer Fallstudie stehen interessanterweise die wissenschaftlichen Kontakte mit Polen im Vordergrund. Es zeigte sich, daß die Erfahrungen in anderen sozialistischen Ländern, speziell in dem krisengeschüttelten Polen, für DDR-Bürger oft der Auslöser von Denkprozessen waren, die in den Augen des MfS als „staatsfeindlich“ galten. Bei dem Mathematiker, der in der Untersuchung X. genannt wird, bildete sich „[...] unter dem Einfluß von Kontakten mit Wissenschaftlern der kapitalistischen Welt, die vor allem im sozialistischen Ausland geknüpft wurden und sich durch das Einwirken westlicher Massenmedien verstärkten, eine verfestigte antisozialistische Einstellung [heraus], die von tiefem Haß auf den realen Sozialismus und die Partei- und Staatsführung der DDR getragen ist. [...] Im Prozeß der operativen Personenkontrolle des X. wurde bekannt, daß X. eine antisozialistische und speziell auch antisowjetische Einstellung besitzt und gegenüber Mathematikern aus dem NSW die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR und in der UdSSR verleumdet.

Die Partei- und Staatsführung der DDR wird von ihm in übler Weise als 'rusenhörig und unfähig' beschimpft. Der KPdSU-Führung wurde totalitaristisches Weltherrschaftsstreben angedichtet. Gleichzeitig schwor X. auf den Eurokommunismus, dem angeblich die Zukunft gehöre. Im Zusammenhang mit der konterrevolutionären Entwicklung in der VR Polen zeigten sich bei X. im internen Kreis Tendenzen, von Absichtserklärungen 'zu Handlungen überzugehen'. Durch Heranführung von IM an X. bzw. Festigung eines bestehenden Kontaktes gelang es, in den Verbindungskreis der bearbeiteten Person einzudringen und ihre Ziele und Absichten sowie Handlungen festzustellen.

So wurden Informationen erarbeitet, daß die bearbeitete Person antisozialistische Literatur studiert, damit sie bei (ihrer Meinungen nach spontan ausbrechenden) Protestaktionen in der DDR gegen Preiserhöhungen und Versorgungsschwierigkeiten ideologisch gerüstet ist, diese Protestaktionen in konterrevolutionäre Bahnen lenken zu können.

Von der These ausgehend, daß bei solchen antisozialistischen Aktionen nur Leute aus der Intelligenz die Führung haben könnten, entwickelte X. Vorstellungen, wie Wissenschaftler auf die Übernahme einer solchen antisozialistischen Führungsrolle vorbereitet werden könnten. Im internen Kreis äußerte er solche Gedanken, daß im Rahmen der Gewerkschaft und der 'Schulen der sozialistischen Arbeit' solche Themen diskutiert werden sollten, die sich grob an die zentral vorgegebenen Themen (schon des Protokolls wegen) halten, aber leicht zu Diskussionen von theoretischen Auffassungen und Problemen genutzt werden können, die sich gut für antisozialistische Propaganda eignen.

Die bearbeitete Person selbst stellt in Gewerkschaftsversammlungen und bei der Durchführung der 'Schulen der sozialistischen Arbeit' folgende Standpunkte zur Diskussion:

- Öffentliche Ausschreibung von freien Stellen für Professoren, so daß sich jeder um die Stelle bewerben kann. Der Wissenschaftliche Rat dürfe nur

nach rein wissenschaftlichen Erwägungen die Bewerber prüfen (also Einfluß der Partei ausschließen);

- Rolle der Gewerkschaft in der sozialistischen Gesellschaft;
- Studium der Verfassung, um sich mit dem Grundgesetz vertraut zu machen;
- Ist es nicht an der Zeit, ein Verfassungsgericht in der DDR zu bilden, welches die Einhaltung der Verfassung garantiert?

Fast gleichlautend damit entwickelte X. Vorstellungen, die darauf hinausliefen, in der DDR Gruppen mit einem relativ kleinen Personenkreis zu bilden, um politische Fragen zu diskutieren. Klein sei deshalb zu beginnen, um das Eindringen des MfS von vornherein zu verhindern. X. schätzte ein, daß die gegenwärtige Situation (1981) in der DDR zwar mit der Situation in Polen nicht vergleichbar sei, doch die Aufhebung der Pressezensur und die Schaffung unabhängiger Gewerkschaften auch die DDR angehen würde. Das 21-Punkte-Programm von 'Solidarność' bewertete X. in diesem Zusammenhang als Minimalprogramm.

Im Ergebnis der Analyse des erarbeiteten operativen Materials mußte eingeschätzt werden, daß die bearbeitete Person ihre aktuellen Informationen aus den Massenmedien des Klassenfeindes und aus den persönlichen Verbindungen zu polnischen Oppositionellen bezog und versuchte, gegebene legale Möglichkeiten wie Gewerkschaftsversammlungen und 'Schulen der sozialistischen Arbeit' im antisozialistischen Sinne umzufunktionieren sowie Gedanken in Richtung Gruppenbildung entwickelte.“²³

Aus den Formulierungen wird deutlich, daß es sich beim Verhalten des X. selbst nach DDR-Maßstäben um keine strafbare Handlungen handelte. Zudem war die Staatsmacht in den achtziger Jahren eher an einer unauffälligen Problembereinigung als an exemplarischen Verhaftungen und Verurteilungen interessiert. Dies galt in besonderem Maße für so exponierte Bereiche wie ein Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR. Konsequenterweise beschränkte man sich seitens des MfS auf eine sorgfältige Beobachtung der Vorgänge sowie auf „Maßnahmen der Zersetzung.“ Das Spektrum solcher Zersetzungsmaßnahmen war breit und von unterschiedlicher Wirksamkeit. Es reichte von Versuchen der Zerstörung des Familienlebens bis zur „Organisierung beruflicher Mißerfolge.“ Im vorliegenden Falle wurde die wissenschaftliche Arbeitsgruppe der „bearbeiteten Person“ aufgelöst, insbesondere wurden alle Dienstreisen nach Polen und in andere sozialistische Länder gestrichen. Daß X. nicht ins westliche Ausland oder in die Bundesrepublik reisen durfte, verstand sich von selbst.

23 BStU, MfS, JHS, GVS 128/83, Oltm. QUEITSCH, ECKARD (HA XVIII/5): Herausarbeitung und Sichtbarmachung typischer politisch-ideologischer Angriffe feindlicher Kräfte gegen Kader eines Zentralinstituts der Akademie der Wissenschaften der DDR, die an der Vorbereitung und Realisierung wichtiger Forschungs- und Entwicklungsaufgaben mitwirken (Fachschulabschlußarbeit, 14.1.1983), Bl. 9 ff. [nachfolgend zitiert als Queitsch].

Unter dem Begriff „Sicherungsbereich“ ist im vorliegenden Kontext die Akademie der Wissenschaften der DDR mit ihren ungefähr 20.000 Mitarbeitern zu verstehen. Die Analyse ist insofern interessant, weil die übergreifenden Untersuchungen aus dem Bereich der Juristischen Hochschule des MfS keineswegs zur Dramatisierung der inneren Sicherheitslage der DDR neigten. Eher ist das Gegenteil der Fall. Auch die Einzelbeispiele von Meinungsäußerungen des X. hören sich nur in einem politischen Kontext harmlos an, in dem Pluralismus und Meinungsfreiheit selbstverständlich sind. Die Forderung nach offenen Ausschreibungen von Professorenstellen und deren Besetzung nach rein wissenschaftlichen Kriterien rührte tatsächlich an das Machtmonopol der SED-Instanzen und war politisch hochbrisant. Alle Besetzungen, Stellenvergaben, Einstellungen – kurzum sogenannte Kaderfragen – wurden grundsätzlich hinter den verschlossenen Türen von Parteigremien entschieden. Die Tatsache, daß auch die SED-Leitungen gelegentlich zu Kompromissen neigten und in den achtziger Jahren zunehmend bei Personalentscheidungen nicht ausschließlich politische und ideologische Kriterien berücksichtigten, änderte nichts an dem Grundprinzip der absoluten Entscheidungsgewalt der SED.

In der Untersuchung des MfS wird das Fallbeispiel X. deutlich als exemplarisch gekennzeichnet. Ausdrücklich heißt es im Anschluß an die Schilderung der Einzelheiten des Falls: „Unter dem Gesichtspunkt der Wirkung der politisch-ideologischen Diversion und der Entwicklung eines Vorfeldes politischer Untergrundtätigkeit muß im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR Polen eingeschätzt werden, daß es im Sicherungsbereich ein zahlenmäßiges Anwachsen von Personen gab, die eine direkte Identifizierung mit der Rolle und den Zielen von 'Solidarność' offenbarten bzw. Teilentwicklungen im polnischen Nachbarland für übernehmbar halten.

So wurden von jüngeren Wissenschaftlern Auffassungen vertreten, die dem von der Konterrevolution in der VR Polen praktizierten Antisowjetismus nahe kommen. Eine Erscheinungsform dieses Antisowjetismus ist die Verleumdung der Sowjet-Wissenschaft, die angeblich Forschungsergebnisse der DDR – auch des Sicherungsbereiches – nutzt, ihre eigenen Ergebnisse jedoch vor der DDR-Wissenschaft geheimhält.“²⁴

An anderer Stelle der Analyse heißt es zusammenfassend: „Im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR Polen konnte des weiteren festgestellt werden, daß nach Rückkehr junger Mathematiker von einem mehrmonatigen Aufenthalt (Frühjahrs- und Herbstsemester) an einem internationalen Zentrum in Warschau von diesen politisch falsche und von der Politik unserer Partei abweichende Auffassungen vertreten wurden.

Da es sich bei diesem Zentrum um eine Einrichtung handelt, die der Weiterbildung und Qualifizierung wissenschaftlicher Kader sowie der Verkürzung des Prozesses der Aneignung neuester Erkenntnisse auf dem Gebiet der Mathematik und Mechanik dient und die regelmäßig mit jungen Wissenschaftlern auch

24 Queitsch, Bl. 13.

zukünftig beschickt wird, machten sich operative Maßnahmen zur Aufklärung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse an diesem wissenschaftlichen Zentrum erforderlich.

Im Ergebnis des Einsatzes inoffizieller Kräfte ergab sich folgendes Bild:

Es kann eingeschätzt werden, daß das politische Klima an diesem Zentrum nicht von den RGW-Staaten bestimmt wird. Dort dominiert eine Ideologie, die der bürgerlichen These von der 'Weltgemeinschaft aller Wissenschaftler' entspricht und ein politisches Engagement der beteiligten Wissenschaftler – vor allem für den realen Sozialismus – ablehnt. Die meisten der dort anwesenden Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern ordnen sich dieser gefährlichen ideologischen Position und dem inneren Regime des Zentrums unter.

Es werden Diskussionen zu sogenannten weltoffenen Fragen und Problemen organisiert. Politisch nicht gefestigte junge Wissenschaftler aus sozialistischen Ländern kommen dann zu der Ansicht, sich hier 'frei' im Sinne einer westlichen Demokratie äußern zu können. Begünstigend für das Entstehen einer solchen aufgeweichten politisch-ideologischen Haltung wirkt sich die Teilnahme der bekanntesten Wissenschaftler aus dem NSW sowie die Verherrlichung des politischen Pluralismus durch polnische Teilnehmer aus.

Polnische Wissenschaftler propagieren z. B. folgende verleumderische Thesen:

- Die DDR-Wissenschaft kann sich nicht entwickeln, wenn ihre Staats- und Parteiführung nicht weit größere Kontakte der DDR-Wissenschaftler zum westlichen Ausland zuläßt.
- Für die Entwicklung der DDR-Wissenschaft sei unbedingt ein reger Wissenschaftleraustausch mit dem westlichen Ausland erforderlich.

Durch die anwesenden Teilnehmer aus dem NSW, insbesondere der BRD, werden Diskussionen zu Fragen der Reisefreiheit für DDR-Wissenschaftler und der angeblichen Verletzung der Menschenrechte durch die DDR-Führung angeregt.

Dabei wird nicht nur der reale Sozialismus, sein humanistisches Wesen verleumdet, sondern auch die westliche Lebensweise verherrlicht, und den jungen Wissenschaftlern aus sozialistischen Ländern die Möglichkeit einer sehr gut bezahlten Anstellung in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten nahegebracht.

Im Vordergrund solcher Diskussionen an diesem Zentrum in Warschau stehen immer wieder Fragen, wie Möglichkeiten eines unkontrollierten Zusammenkommens zwischen DDR-Wissenschaftlern und NSW-Wissenschaftlern geschaffen werden könnten.

Ein häufiges Argument ist, daß Wissenschaftler einen freien wissenschaftlichen Kontakt brauchen und sich über politische Barrieren in Ost und West im Interesse der Wissenschaft hinwegsetzen müssen.

In diesem Zusammenhang konnte inoffiziell festgestellt werden, daß Mathematiker der AdW der DDR, die den Anforderungen eines NSW-Reisekaders nicht gerecht werden, in Verletzung ihrer Direktive ihre Aufenthalte in Warschau nutzen, um sich mit NSW-Wissenschaftlern ihrer Wahl zu treffen.

Vor dem 13.12.1981 versuchten auch 'Solidarność'-Funktionäre ganz offen, Einfluß auf DDR-Wissenschaftler im Rahmen wissenschaftlicher Veranstaltungen zu nehmen.

Die interessierenden Personen wurden zu 'Solidarność'-Veranstaltungen eingeladen. Dadurch sollten die DDR-Wissenschaftler mit den konterrevolutionären Zielen von 'Solidarność' vertraut gemacht werden.

So wurden an DDR-Wissenschaftler Fragen nach der Reaktion der DDR-Bevölkerung zu den politischen Ereignissen in der VR Polen gestellt. Besonders interessierte, ob und wann mit ähnlichen konterrevolutionären Aktionen der DDR-Bevölkerung gerechnet werden könnte.

Es wurde Hetzmaterial übergeben und Empfehlungen gegeben, mit welchen Mitteln und Methoden die 'innere Opposition' in der DDR Massenwirksamkeit erreichen könne.

Bei dem übergebenen Hetzmaterial handelt es sich u. a. um

- das Protokoll der 'Danziger Vereinbarung' vom 31.8.1981,
- einen Brief eines 'Freien Gewerkschaftskomitees der UdSSR' an den 1. Kongreß der 'Solidarność' in Gdansk,
- ein Flugblatt, gerichtet an die sowjetischen Soldaten und Offiziere in der VR Polen.

Die erarbeiteten Hinweise und Informationen zu den politischen Verhältnissen an diesem wissenschaftlichen Zentrum lassen eindeutig den Schluß zu, daß dieses polnische Institut durch Träger der politisch-ideologischen Diversion aus dem NSW und in der VR Polen mißbraucht wird.

Dieses wissenschaftliche Zentrum wurde umfunktioniert in eine Stätte der 'Ost-West-Begegnungen' im Sinne der imperialistischen Strategie 'Wandel durch Annäherung.'²⁵

Es gab also lediglich einen graduellen Unterschied zwischen Dienstreisen in die sozialistischen und die kapitalistischen Länder. Allerdings war die Graduierung sehr deutlich und hatte gravierende praktische und juristische Folgen. Insbesondere war die Gefahr des „illegalen Verlassens der DDR“ in den Bruderstaaten grundsätzlich kaum größer als in der DDR. Reisen in das SWS von weniger als einem Jahr Dauer waren deswegen ohne die rituelle Erhebung in den Rang des Reise- oder Auslandskaders möglich.

9. Die Rolle der Parteiorganisationen der SED bei der Auswahl, Kontrolle und Disziplinierung der Reise- und Auslandskader

Es verstand sich angesichts der inneren Struktur der DDR fast von selbst, daß ein erheblicher Teil der Reise- und Auslandskader Mitglieder der SED war. Allerdings gehörte es nicht zu den formalen Voraussetzungen einer Bestätigung als Reisekader, der SED anzugehören. Die Parteimitglieder unterlagen einer besonderen Kontrolle und Loyalität, die sich nicht nur auf das berufliche, sondern ebenso auf das private Leben erstreckte. Die Mitgliedschaft in der SED war im Sinne des Statuts Auszeichnung und Verpflichtung zugleich. In der Regel war sie die Grundvoraussetzung für eine berufliche Karriere, hinzu kamen die Übernahme anderer „gesellschaftlicher Funktionen“, ideologische Klarheit, eine parteiliche Haltung, ein charakterlich und moralisch einwandfreier Lebenswandel usw. Gerade die Verschwommenheit dieser nur allgemein fixierten Kategorien eröffnete einer direkten Einmischung des „Kollektivs“ und der Parteigruppe ins Privatleben große Möglichkeiten. SED-Mitglieder waren auch deshalb als Reisekader besonders geeignet. Die Kaderauswahl hatte zudem in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen, d. h. insbesondere der SED zu erfolgen. Der Parteigruppenorganisator bzw. der erste Sekretär der Betriebsparteiorganisation (BPO) hatte zu jedem Reisekaderantrag eine Stellungnahme abzugeben. Allerdings waren die SED-Instanzen gegenüber einer Verweigerung der Bestätigung durch das MfS in der Regel machtlos. In wichtigen Fällen war allein eine Intervention bei einem Mitglied des Politbüros erfolversprechend. In solchen Fällen wandte sich dann gelegentlich der für Kultur und Ideologie zuständige Sekretär des ZK der SED, Politbüromitglied Prof. Kurt Hager, an den Generalsekretär der SED, der sich seinerseits an den Minister für Staatssicherheit wandte. In den Beständen der Büros der Mitglieder des Politbüros finden sich sporadisch solche Fälle, in denen außerhalb des „Dienstweges“ Entscheidungen getroffen wurden. In der Regel ging es dabei um bekannte Künstler, Schriftsteller oder Wissenschaftler. Oft blieben solche Interventionen an die Parteispitze auch ohne Erfolg.

Das gewöhnliche SED-Mitglied hatte im Falle einer Westreise zunächst eine Reihe besonderer Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Reisekader waren angewiesen, auf den offiziellen Fotos in den Auslandspässen kein Parteiabzeichen zu tragen. Dies widersprach dem sonst üblichen Bestreben, die Genossen auch gegen ihren Willen zum Tragen des Abzeichens zu bewegen. In diesem speziellen Fall war es ausdrücklich verboten. Es sollte für die Zollorgane der imperialistischen Staaten nicht kontrollierbar sein, ob der Inhaber des Reisepasses Mitglied der SED war. Es verstand sich von selbst, daß auch während der Reise kein Parteiabzeichen zu tragen war. Das Parteibuch war vor der Reise an den Parteisekretär zu übergeben und wurde während der Reise im Panzerschrank aufbewahrt. Die Anmeldung bei der Grundorganisation der SED im Ausland erfolgte mit der Meldekarte Teil I, der Teil II der Meldekarte verblieb bei der Grundorganisation der Botschaft. Nach der Rückkehr in die Heimat wurden die Beitragszahlungen von der Meldekarte Teil I ins Mitgliedsbuch

übertragen. Bei solcherart konspirativen Praktiken mögen Relikte aus der Zeit des illegalen Kampfes eine Rolle gespielt haben.

Während der Auslandsreise ruhte die Parteimitgliedschaft aber nicht. Die SED verfügte unter ihren im Ausland lebenden Bürgern über eigenständige Parteiorganisationen, die einer besonderen Kontrolle unterlagen. In ihnen waren die Auslandskader, sofern sie SED-Mitglieder waren, erfaßt. In der entsprechenden Weisung des Zentralkomitees heißt es dazu: „Die im Ausland tätigen Mitglieder und Kandidaten der SED zeichnen sich durch einen unerschütterlichen Klassenstandpunkt, durch sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus, durch hohe Partei- und Staatsdisziplin, Einsatz- und Opferbereitschaft, Klassenwachsamkeit, durch Bescheidenheit und hohe moralische Qualitäten aus. Die Parteiorganisationen im Ausland erziehen alle Kommunisten und DDR-Bürger zur weiteren Vertiefung der Freundschaft mit der KPdSU und der UdSSR und erschließen ihre allgemeingültigen, reichen Erfahrungen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Eine wesentliche Aufgabe der Parteiorganisationen im Ausland ist die ständige Aneignung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die unversöhnliche Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, insbesondere mit dem Antikommunismus, Antisowjetismus, Nationalismus, Sozialdemokratismus, Rassismus und Maoismus.“²⁶

Im Ausland wurden Grundorganisationen (GO) und Abteilungsparteiorganisationen (APO) der SED in Botschaften und Generalkonsulaten, auf Baustellen und in Spezialistenkollektiven, in Bildungseinrichtungen und internationalen Organisationen nach Zustimmung der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED gebildet. Die Mitglieder und Kandidaten der SED, die sich länger als drei Monate im dienstlichen Auftrag oder zur Qualifizierung im Ausland an einem Ort aufhielten, bildeten in der Regel eine Grundorganisation. In Ländern, in denen mehrere Grundorganisationen bestanden, hatte der Sekretär der Grundorganisation der Botschaft eine Art Leitfunktion. Ihm oblag eine regelmäßige und einheitliche Anleitung der Sekretäre der anderen Grundorganisationen. Die GO-Leitung der Botschaft hatte das Recht, Parteiaktivtätungen einzuberufen.

In Gruppen von Mitgliedern und Kandidaten der Partei, die für eine kürzere Zeit als drei Monate ins Ausland reisten, wurden vor Antritt der Reise Parteigruppen gebildet und ein Parteigruppenorganisator und ein Stellvertreter gewählt. Selbst bei Sprachkursen in der Sowjetunion, organisierten Touristenreisen insbesondere der FDJ, Einsätzen von Jugendbrigaden in „Bruderländern“ und ähnlichen Unternehmungen wurden die Genossen vor Antritt der Reise zusammengefaßt, politisch instruiert, zur Klassenwachsamkeit aufgerufen und

26 SAPMO-BArch, ZPA, DY 30 – J IV 2/3/2548, Sekretariat des ZK der SED, Reinschriftenprotokoll Nr. 8 vom 26. Januar 1977, Aufgaben der Parteiorganisationen der SED im Ausland (Beschuß des Sekretariats des ZK vom 26.1.1977), hrsg. vom Büro des Politbüros, S. 3 f. [nachfolgend zitiert als Parteiorganisationen im Ausland].

für die Dauer der Reise speziell organisiert. Daß diese zeitweise Organisation in vielen Fällen einen rein formalen Charakter hatte, verstand sich von selbst; andererseits gab für alle denkbaren „Vorkommnisse“ einer solchen kollektiven Reise genaue Verantwortlichkeiten. Nach Abschluß der Reise wurden Berichte geschrieben, Vorkommnisse ausgewertet, politische Schlußfolgerungen gezogen usw.

Die Parteiorganisationen im Ausland unterstanden direkt dem Sekretariat des ZK der SED. Die Grundorganisationen der entsendenden Betriebe und Institutionen hatten kein Recht, Grundorganisationen im Ausland anzuleiten und zu kontrollieren. Hierdurch ergab sich die Möglichkeit einer doppelten Kontrolle aller im Ausland befindlichen SED-Mitglieder.

„Die unmittelbare, ständige Anleitung und Kontrolle der Parteiorganisationen im Ausland erfolgt im Auftrag des Sekretariats des ZK durch die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK. Sie sind vor allem auf die Erhöhung der Qualität der politisch-ideologischen Arbeit unter Berücksichtigung der Einheit von Politik, Ideologie und Ökonomie sowie auf die Gewährleistung einer komplexen Führungstätigkeit der Parteiorganisation gerichtet.“²⁷

Die Parteileitungen der Grundorganisationen der Botschaften sowie weitere ausgewählte Parteiorganisationen hatten monatlich die übliche Berichterstattung an die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK zu leisten. Diese Berichterstattung umfaßte Berichte über den Verlauf der Parteivertagungen, Mitgliederversammlungen, der Parteilehrjahre und anderer Versammlungen, „über die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in den Partei- und Arbeitskollektiven und des geistig-kulturellen Lebens.“²⁸ Weiter waren Einschätzungen über die Erfüllung der Außenwirtschaftspläne zu liefern, „ungelöste Probleme [...] der politisch-ideologischen Arbeit [...], Einhaltung der Prinzipien von Ordnung, Schutz und Sicherheit“ u. a. sollten gemeldet werden sowie „Probleme und Maßnahmen in der Parteierziehungsarbeit, insbesondere gegen Denk- und Verhaltensweisen, die sich nicht mit der sozialistischen Lebensweise und mit den hohen Anforderungen an einen Kommunisten im Ausland vereinbaren lassen [...]“.²⁹

Solche kaum verhüllten Aufforderungen zur Denunziation waren angesichts der herrschenden Umstände durchaus ernst zu nehmen. Von den Verfassern der Monatsberichte wurde eine „konkrete und parteiliche“ Berichterstattung verlangt. Im Falle der Unterschlagung wichtiger Vorkommnisse setzten sich die Parteisekretäre dem Vorwurf „mangelnder revolutionärer Wachsamkeit“ aus. Die Berichterstattung war grundsätzlich vertraulich. Weder die SED-Mitglieder noch die „Nichtgenossen“ hatten das Recht, die über sie verfaßten Berichte einzusehen.

27 Parteiorganisationen im Ausland, S. 7.

28 Parteiorganisationen im Ausland, S. 8.

29 Parteiorganisationen im Ausland, S. 8.

Die Berichterstattung der SED war innerhalb der DDR mit der flächendeckenden Nachrichtenerhebung des MfS auf der Kreisebene vernetzt. In den Kreisleitungen der SED gab es Sicherheitsbeauftragte, die unmittelbar mit den Kreisdienststellen des MfS zusammenwirkten. Im Falle der Auslandsparteigruppen war dies komplizierter. Die Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit, dem es untersagt war, innerhalb des SED-Apparates ein Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern zu unterhalten, erfolgten auf der Ebene der Politbüromitglieder. Ausdrücklich war festgelegt, daß die Sekretäre der Parteiorganisationen verpflichtet waren, „über besondere Vorkommnisse den Generalsekretär des Zentralkomitees über die Abteilung Internationale Verbindungen zu informieren.“³⁰

10. Das „Kontaktgeschehen“ in den Augen des MfS

Das SED-System befand sich seit der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren durch den internationalen Entspannungsprozeß in einem tiefen und unlösbaren Zwiespalt. Auf der einen Seite versprach sich die Führung der DDR durch die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik diplomatische Anerkennung, außenpolitische Aufwertung, die Zementierung der Spaltung Deutschlands und nicht zuletzt wirtschaftliche Vorteile. Auf der anderen Seite sah sie die Grundlagen ihrer Existenz in Frage gestellt. Die DDR geriet als Produkt des „Kalten Krieges“ und der Spaltung Europas in die Gefahr, mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ihre historische Existenzberechtigung zu verlieren. Insbesondere mußte sie jedes Gefühl einer nationalen Zusammengehörigkeit zwischen den Deutschen in Ost und West fürchten. Die SED-Führung praktizierte deswegen über Jahre hinweg eine Art „Dauerspogat“ zwischen dem Streben nach internationaler Anerkennung und der Furcht vor zuviel Kontakten seiner Bürger in den Westen.

„Revolutionäre Wachsamkeit“ wurde gerade in den Zeiten der Entspannungspolitik groß geschrieben. Aus der Perspektive der SED bestand das historische Wesen der Entspannungspolitik in einer Verlagerung der weltweiten Systemauseinandersetzungen auf Mittel und Methoden der Aufweichung und ideologischen Infiltration.

Diese Befürchtungen waren nicht ganz von der Hand zu weisen. Aus der Sicht der SED-Obrigkeit waren sie sogar logisch und, wie der Verlauf der Geschichte seit dem Herbst 1989 zeigen sollte, vollkommen berechtigt. Die Parteiführung der DDR sah ihr Herrschaftssystem durch die friedlichen Kontakte zwischen Menschen bedroht, unterstellte also dem Gegner grundsätzlich die schlechtesten Absichten. Gerade die Reiskader schienen ein bevorzugtes Objekt feindlicher Einflußnahme und geheimdienstlicher Abwerbung zu sein.

„Vorliegende operative Erkenntnisse besagen, daß im Blickfeld gegnerischer Kräfte solche entwicklungsbestimmenden Bereiche für die Volkswirtschaft der

30 Parteiorganisationen im Ausland, S. 8.

DDR wie der wissenschaftliche Gerätebau, die Mikroelektronik, die chemische Industrie, die Energiewirtschaft – insbesondere die Entwicklung der Kernenergie – und die Erschließung einheimischer Rohstoffe stehen.

Mehrfach konnte festgestellt werden, daß feindliche Zentren sich nach wie vor auf die Zielgruppe wissenschaftlich-technische Intelligenz konzentrieren, um Wissenschaftler zum Verrat an der DDR zu veranlassen.

Bei ihrem Vorgehen nutzen sie die vielfältigen Möglichkeiten der sich entwickelnden Beziehungen wie z. B. vertraglich geregelte Abkommen, Wissenschafthlerausaustausch, wissenschaftliche Tagungen, Konferenzen und Kongresse im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW), aber auch in sozialistischen Ländern, um diese in ihrem Sinne umzufunktionieren.

Im Zusammenhang damit sind die verstärkten ideologischen Angriffe des Klassenfeindes gegen die wissenschaftlich-technische Intelligenz unserer Republik zu sehen. Neben der Propagierung des angeblich klassenneutralen internationalen Charakters der Wissenschaft bzw. der These von der 'Weltgemeinschaft der Wissenschaftler', der angeblichen Fortexistenz einer einheitlichen deutschen Wissenschaft und Versuchen, auch unsere Wissenschaftler mit der Verbreitung der imperialistischen These vom 'Dämon Technik' zum Wissenschaftspessimismus zu verleiten, spielen in der politisch-ideologischen Diversion gegen die Intelligenz der DDR die Verfälschung des Marxismus-Leninismus und die Propagierung von Gedanken des Pluralismus eine Rolle. Diese konzeptionell betriebenen Angriffe finden in den sogenannten Ostforschungsinstituten der BRD u. a. ihren Ursprung.

Bei persönlichen Kontakten auf den verschiedensten Ebenen, so u. a. auf wissenschaftlichen Kongressen, Symposien, Seminaren und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen, wird von Wissenschaftlern imperialistischer Staaten versucht, durch Verbreitung von Anschauungen, Vorurteilen, subjektiven Überzeugungen und bewußten Fehlinformationen die bürgerliche Ideologie teils unauffällig, teils provokativ offen den Wissenschaftlern sozialistischer Länder aufzudrängen bzw. zu suggerieren.³¹

Der Umgang mit dem ausgewählten Personenkreis, der die DDR im westlichen Ausland repräsentieren sollte, rührte deswegen an den Nerv des Sicherheitsverständnisses der DDR. Die Auswahl, Schulung, Kontrolle, Disziplinierung und geheimdienstliche Instrumentalisierung der sogenannten Reisekader waren zentrale und hochpolitische Aufgaben innerhalb des SED-Systems. Gleichzeitig war dies Teil eines komplexen Systems von Repression, Privilegierung und Ausnutzung und insofern auch ein Fallbeispiel für das Funktionieren des SED-Systems.

31 Queitsch, Bl. 5 f.